

Stellungnahme der Gemeinderatsfraktion Grüne Liste Mensch und Umwelt zum Haushaltsplan 2018

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin Schwaderer, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wieder einmal liegt uns das umfangreiche Datenmaterial des Haushaltsplans 2018 in übersichtliche Aufbereitung zur Beratung und Abstimmung vor. Dafür herzlichen Dank an unsere Kämmerer Herrn Mogler und Herrn Hübner, sowie allen Mitarbeiter*innen für die Aufbereitung der Haushaltsdaten.

Als letzte Rednerin hier im Gremium verzichte ich bewusst auf die bereits genannten Zahlen, die ebenfalls schon in der 9. Ausgabe der Möglinger Nachrichten, vom 1. März 2018, nachzulesen waren.

Auch für das Jahr 2018 zeichnet sich eine solide Haushaltsplanung ab, trotz der vielfältigen Aufgaben, die es gilt zu Ende zu bringen bzw. neu anzugehen. Selbst Herr Mogler hat bei der HH-Einbringung darauf verwiesen, dass die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre deutlich besser waren als eingeplant, um dies aber sogleich wieder kritisch zu hinterfragen.

Natürlich hängt die finanzielle Ausstattung der Gemeinde von verschiedenen Faktoren ab, die schwer zu prognostizieren sind: wie lange hält die gute Wirtschaftslage an, wie entwickeln sich die Sozialausgaben, kehrt Frieden in den Krisengebieten ein, entstehen neue Krisengebiete. Gleichzeitig verweist Herr Mogler auch auf den Finanzbericht des Gemeindetags, der dazu auffordert Deutschlands Zukunftsfähigkeit zu sichern und zitierte die 5 entsprechenden Kernbotschaften. Gemessen daran, ist Möglingen auf einem guten Weg. Dazu gehört für unsere Fraktion, sich den aktuellen Anforderungen zu stellen und zukunftsweisende Investitionen und Beschlüsse zu fassen.

Wie sieht es damit in Möglingen aus?

- Zukunftsfeste Konsolidierung des Sozialetats: Hierzu gehört für uns z. B. die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Sozialwohnraum zu fördern, ...
- Einnahmeüberschüsse in Zukunftsinfrastruktur investieren: Hierzu gehört für uns z.B. das Nahwärmekonzept im Löscher, Breitbandausbau, Energie effiziente Infrastruktur im öffentlichen Raum (LED-Beleuchtung, Elektroladestation, BHKW, etc.),
- Steigende Kinderzahlen als Zukunftschance betrachten: Hierzu gehören für uns bedarfsgerechte Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, das Jufo, Schulsozialarbeit,

- Prozess der Integration verbindlich installieren: Dazu gehört für uns die Stelle der Integrationsmanagerin, des Integrationsbeauftragten, der AK Asyl, barrierefreies Bauen,.....
- Kommunen als Gestalter vor Ort stärken: Dazu gehört für uns der Gemeindeentwicklungsplan, die lokale Agenda, Stärkung der Vereine und des ehrenamtlichen Engagements,.....

Gemessen an den genannten Kernbotschaften ist Möglingen auf einem guten Weg. Die genannten Beispiele sind nicht vollständig. Sie müssen aus unserer Sicht ständig hinterfragt, an die aktuellen Verhältnisse angepasst und ergänzt werden.

Für unsere Fraktion fehlt jedoch eine wichtige Kernbotschaft:

- **Die Ressourcen sind endlich: Hierzu gehört für uns, dass dies bei jeder Entscheidung entsprechend berücksichtigt werden muss!**

Frau Bürgermeisterin Schwaderer hat in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung die Eckpunkte der Gemeindeentwicklung, sowohl für das vergangene, als auch für die zukünftigen Jahre dargelegt. Vieles berücksichtigt die genannten Kernbotschaften und wird vom Gemeinderat unterstützt.

Mit dem Gemeindeentwicklungsplan hat die Verwaltung zusammen mit dem GR und unseren Bürgerinnen und Bürgern einen Aufgabenkatalog als Richtschnur für die zukünftige Gestaltung unseres Wohnortes an der Hand. Sehr erfreut waren wir darüber, dass sich sehr viel von dem wiederfindet, wofür wir Grüne uns bei unserer Gemeinderatsarbeit schon seit vielen Jahren einsetzen, sei es im sozialen oder im ökologischen Bereich.

Soviel sich auch schon in Möglingen getan hat, die Kernaufgaben bleiben dieselben:

Im Bildungs- und Erziehungsbereich:

Das Betreuungsangebot muss ständig an die sich veränderten Anforderungen angepasst und ausgebaut werden. Nach der nun sehr gut angelaufenen Naturgruppe werden im ehemaligen Notariat weitere Betreuungsplätze geschaffen.

Das geplante Kinderhaus auf dem Gelände des Bolzplatzes im Löscher ist eine weitere notwendige und sinnvolle Investition in diesem Bereich. Wir waren von Anfang an auch für die Realisierung eines Familien- und Ortsteilzentrums. Wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich. Das Ziel von Familienzentren ist Familien und Erziehende zu stärken, indem zusätzliche bedarfsorientierte Angebote und Kooperationen mit bestehenden Netzwerken ermöglicht werden. Der "Deutsche Kinder- und

Jugendmonitor 2017" zeigt, dass noch immer 3,7 Millionen junge Menschen in Deutschland schlechte Startchancen haben.

Damit Kinder gut aufwachsen können, sind gerechte Bildungs- und Teilhabechancen unverzichtbar. Die besten Erfolge im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern erzielen sicherlich die Einrichtungen, die die Familien in den Alltag der Einrichtungen mit einbeziehen.

Leider gibt es aber nicht nur positive Stimmen zum Standort des geplanten Kinderhauses. Die Standortsuche war nicht einfach, auch die Grüne Fraktion bedauert, dass der Bolzplatz durch die Bebauung wegfällt. Die Beratungen im Gemeinderat dazu waren nicht einfach. Die geplante Schulhoföffnung und die Instandsetzung des in die Jahre gekommenen Bolzplatzes beim Abi sollen hier Ersatz schaffen.

Die SPD hat in einem Antrag noch einmal zusammengefasst, was im Gemeinderat schon bereits ausführlich diskutiert wurde. Mit der beantragten Erstellung einer Konzeption zur Schulhoföffnung sollen etwaige Schwierigkeiten schon im Vorfeld vermieden werden. Diesen Antrag unterstützen wir. Ebenso, dass der neue Bolzplatz zeitgemäß ausgestattet und instand gesetzt wird.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die erwartete Verkehrs- und Parkplatzsituation am geplanten Standort. Darüber wurde im Gemeinderat in den Beratungen ebenfalls ausführlich diskutiert. Auch hierzu liegt nun ein SPD-Antrag vor. Unsere Fraktion verkennt diese Probleme nicht und wartet die Ergebnisse der von der Verwaltung zugesagten Untersuchungen ab.

Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen hängt auch davon ab, ob Erzieherinnen und Erzieher für die Kinderbetreuungseinrichtungen eingestellt werden können. Im Moment wird wieder für bessere Bezahlung u. a. für Erzieherinnen und Erzieher gestreikt. Ein Anreiz nach Möglingen zu kommen könnte auch ein Angebot an bezahlbarem Wohnraum sein.

Immer wieder haben wir in den letzten Jahren auf die **Probleme beim Mietwohnraum** hingewiesen. Die Lage am Wohnungsmarkt hat sich für einkommensschwächere Haushalte weiter verschärft. Die Gemeinde Möglingen hat bereits Anstrengungen unternommen dieser Entwicklung entgegen zu treten.

Beispiel hierfür ist das Förderprogramm „Bezahlbarer Wohnraum“ oder auch Vereinbarungen mit Immobilienträgern 20 % der errichteten Wohnungen entsprechend zu vermieten.

Das reicht jedoch nicht aus. Deshalb ist es dringlich weitere Maßnahmen zu ergreifen. Die Defizite durch die in den letzten Jahren mangelhafte bzw. fehlende Sozialwohnraumförderung sind schon lange nicht mehr zu übersehen. Immerhin hat die Politik nun darauf reagiert und Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau aufgestellt.

Bereits vor einem Jahr wurde unser Antrag vom 14.3.2017 zur Prüfung einer möglichen Bebauung des Grundstücks in Eigenregie im Gemeinderat behandelt. In einer nichtöffentlichen Sitzung wurde dem Gemeinderat daraufhin die Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Bau in Eigenregie dem Verkauf des Grundstückes gegenübergestellt. Die Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise ist damit gegeben. Für unsere Fraktion ist aufgrund der vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnung klar erkennbar, dass die Vorteile der Bebauung in Eigenregie überwiegen. Das Grundstück bleibt auch nach Ablauf des betrachteten Zeitraums weiterhin im Besitz der Gemeinde, so dass die Bindungsfrist für Sozialwohnungen nicht zum Tragen kommen muss, da die Gemeinde über die Dauer der Bindungsfrist weiterhin bestimmen kann. Zudem

Ist zu erwarten, dass das Problem der Wohnungsnot in diesem Bereich noch viele Jahre bestehen bleiben wird.

Wir beantragen deshalb, dass sich das im Eigentum der Gemeinde Möglingen befindende Baugrundstück im Hasenkreuz baldmöglichst in Eigenregie bebaut wird und 50 % der errichteten Wohnungen als Sozialwohnungen vermietet werden.

Wir bezweifeln, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg, das Grundstück zu verkaufen und entsprechende Kriterien in einer Ausschreibung festzulegen den geforderten Erfolg bringen wird.

Einen interessanten Weg, Sozialwohnraum zu schaffen, hat Karlsruhe beschritten. Um Wohnraum zu mobilisieren hat der Karlsruher Gemeinderat mit „Wohnraum-Mobi“ ein Programm beschlossen, wodurch Eigentümerinnen und Eigentümer finanzielle Anreize erhalten, um Räumlichkeiten erstmals oder wieder dem Mietwohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen. Dieser, von der Stadt Karlsruhe, eingeschlagene Weg ist ein Erfolgsmodell.

Dieses Förderprogramm ermöglicht auch die Förderung von Objekten, die sich nicht für die klassische Sozialwohnraumförderung eignen, also Wohnraum, der derzeit aufgrund seines Zustandes nicht vermietet werden kann und Räumlichkeiten, die einer Wohnnutzung zugeführt werden sollen wie z.B. die Umnutzung von bisher gewerblich genutzten Räumen oder der erstmalige Ausbau des Dachgeschosses etc.

Wir meinen, dass es sich lohnt dieses Modell näher kennen zu lernen, um herauszufinden, ob damit auch in Möglingen entsprechender Wohnraum geschaffen werden kann. Dabei ist an ein bis zwei Wohnungen pro Jahr gedacht.

Wir stellen deshalb den Antrag die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Anlehnung an das Karlsruher Modell „Wohnraum-Mobi“ (Wohnraumakquise durch Kooperation) zu prüfen, mit dem Ziel das Modell in modifizierter Form umzusetzen.

Die Stellungnahme der Verwaltung den Antrag zurückzustellen halten wir für voreilig. Das Programm der Stadt Karlsruhe ist abrufbar und muss

nicht neu ausgearbeitet werden. Eine Beratung über diese Möglichkeit der Wohnraumschaffung sollte zumindest im Verwaltungsausschuss erfolgen.

Bereits bei der Stellungnahme zum HH 2017 haben wir auf den starken Rückgang unserer heimischen Singvögel hingewiesen und ihre Indikatorfunktion für die rasante **Abnahme der Biodiversität** wie z. B. auch das massives Insektensterben.

Am 4.1. 2018 appellierten BUND und NABU bei der Pressekonferenz anlässlich der 42. Naturschutztage am Bodensee rasch Konsequenzen zu ziehen und zu handeln.

Zitat „Auf den Wiesen ist es still geworden – kaum ein Summen und Brummen.“

Bereits im Sommer 2017 warnte das Bundesumweltministerium, dass seit 1982 ein Insektenschwund von bis zu 80 % zu verzeichnen ist. Wir Menschen aber auch Tiere, hier vor allem Vögel, sind auf Insekten angewiesen. Rund 60 % aller Vögel sind auf Insekten als Nahrungsquelle angewiesen. Besonders stark zurückgegangen ist die Anzahl der Bienen, die als wichtige Bestäuberinsekten für zahlreiche Nutzpflanzen, speziell auch für Obstbäume, eine existenzielle Bedeutung haben.

Die Ursachen für den Rückgang sind vielfältig und werden zum Teil kontrovers diskutiert. Viele Faktoren wirken zusammen. Als Hauptverursacher für das Insektensterben sehen Expert*innen wie der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) die industrielle Landwirtschaft mit Monokulturen und den weiter steigenden Einsatz von Pestiziden. Zum Artenschwund tragen auch zu wenig blühende Ackerrandstreifen und Hecken, Haltung von Nutztieren auf intensiv gedüngten Wiesen, zunehmende Versiegelung der Landschaft, zunehmende Nutzung von Laubbläsern, noch schlimmer von Laubsaugern, zu wenig Totholz und Laub- oder Holzhaufen als Unterschlupf bei. Bienen sind dabei durch den massiven Einsatz von Insektiziden wie Neonikotinoide besonders stark betroffen. Bienen und andere Insekten finden in den Städten inzwischen mehr Nahrung als auf dem Land. Eine Studie zeigt, dass Bienenvölker in Städten höhere Honigerträge erwirtschafteten als Landvölker.

Durch entsprechende Bepflanzung kann Möglingen für Bienen und anderen Insekten eine bessere Lebensgrundlage schaffen und dem Insektensterben entgegenwirken.

Wir stellen deshalb den Antrag für ein Bienen und Insekten freundliches Möglingen.

1. Die Gemeindeverwaltung veranlasst, dass künftig auf öffentlichen Grünflächen, Wegränder und Pflanzschalen überwiegend bienen- und insektenfreundliche Pflanzen und Sämereien verwendet werden.
2. Die Gemeindeverwaltung ersucht die Möglinger Landwirte auf Ackerrandstreifen bienen- und insektenfreundliche Sämereien auszubringen. Die Sämereien werden von der Gemeinde Möglingen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Wer mit dem Auto durch Möglingen fährt darf seit kurzem das Gaspedal etwas weniger betätigen. An vielen Stellen der Durchgangsstraßen wurden **Tempo 40** Schilder aufgestellt. In Bereichen, in denen die Lärmbelastung die zugelassenen Grenzwerte überschreitet, soll durch Temporeduzierung eine Verbesserung für die Anwohnerinnen und Anwohner erreicht werden. Wir halten Tempo 40 für nicht ausreichend, da auch damit die Grenzwerte für Lärmbelastung nicht in allen betroffenen Bereichen erreicht werden können. Wir haben uns deshalb bei der Abstimmung dazu nur enthalten.

Nach wie vor setzen wir uns auch für eine Tempobeschränkung im Bereich Hohenzollernstraße und Im Bornrain ein. Die ablehnende Haltung der Verkehrsbehörde im Landratsamt können wir nicht akzeptieren. Wir erwarten, dass die Verwaltung hier entsprechend verhandelt.

Das vom Gemeinderat beauftragte und in Ausarbeitung befindliche **innerörtliche Radwegkonzept** ist schon weit fortgeschritten. Kritische Punkte der Radwegführung sind die Überquerung der Bahnhofstraße (auf Höhe der Einmündung der Karl- Raitestraße) und entlang der stark frequentierten Ludwigsburger Straße. Hierzu liegen Lösungsvorschläge vor, die uns aber noch nicht überzeugen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie zufriedenstellend gelöst werden und dann endlich der innerörtliche Radweg ausgeschildert wird.

Die Planungen zur **Realisierung der Schienenverbindung** zwischen Markgröningen nach Ludwigsburg schreiten zügig voran. In der letzten Sitzung des Gemeinderats hat Herr Baubürgermeister Ilk der Stadt Ludwigsburg Planungen zur artenschutzrechtlichen Prüfung und Rodungsmaßnahmen vorgestellt, die die Stadt Ludwigsburg zügig angehen möchte. An der Schienenstrecke hat sich über die Jahre eine üppige Vegetation zahlreicher Sträucher und Bäume angesiedelt, die einen wertvollen Lebensraum für Vögel und Insekten bieten. Um den Eingriff in den entstandenen Grünzug auszugleichen, ist es aus unserer Sicht erforderlich schon jetzt entsprechende Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Damit kann der notwendige Eingriff verträglicher gestaltet werden. Für diesen Zweck soll die Gemeinde prüfen, welche

Grundstücke entlang der Bahnstrecke dafür geeignet sind um Ersatzpflanzungen zu ermöglichen. Bei den Pflanzmaßnahmen sollen möglichst Bürger*innen und örtliche Naturschutzgruppen eingebunden werden. Die Maßnahme könnte außerdem dem Ökokonto gutgeschrieben werden.

Die Gemeinde Möglingen würde damit auch ein deutliches Zeichen „pro Schiene“ setzen. Wir stellen deshalb den Antrag, **dass die Gemeindeverwaltung geeignete Grundstücke entlang der Bahnstrecke sucht, um Ersatzpflanzungen für die notwendige Rodung der Bahntrasse im Rahmen der Realisierung der Schienenverbindung vorzunehmen.**

Die Stellungnahme der Verwaltung können wir nicht nachvollziehen. Wirklicher Ersatz für Abholzungen durch Neuanpflanzung benötigt viele Jahre, deshalb sollte aus unserer Sicht frühzeitig damit begonnen werden, damit die Pflanzen- und Tierwelt eine Chance haben.

Die Umsetzung des Nahwärmekonzeptes im Löscher steht erfreulicherweise kurz vor der Realisierung. Das begrüßen wir, unsere Fraktion stand von Beginn an zu dem Konzept. Wichtig ist für uns außerdem die Beteiligung der Bürger*innen, was in der beabsichtigten Bürgergenossenschaft ermöglicht wird.

Eine Möglichkeit für Kommunen und Verwaltungen, **Carsharing-**Organisationen zu unterstützen und gleichzeitig von ihren Angeboten zu profitieren, ist die Nutzung von Carsharing-Fahrzeugen in ihrem Fuhrpark. Dienstfahrzeuge werden in der Regel werktags und dann tagsüber nur wenige Stunden für Dienstfahrten benötigt. Gute Erfahrungen haben damit z.B. Frankfurt oder Leipzig gemacht. Aber auch im Ländle findet man dieses Angebot im Portfolio von Kommunen wie Donaueschingen oder Reute.

Es besteht die Möglichkeit bei regelmäßigem Bedarf Blockbuchung zu vereinbaren, so dass das Fahrzeug tatsächlich bei Bedarf zur Verfügung steht. In den nicht genutzten Abendstunden und am Wochenende kann das Carsharing-Fahrzeug Mitarbeiter*innen oder Privatpersonen im Rahmen des Carsharing zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Carsharing Nutzung entfallen Anschaffungs-, Wartungs-, Reparatur- und Versicherungskosten. Monatliche Rechnungen tragen zur Kostentransparenz bei und vermeiden eigenen Verwaltungsaufwand. Bei privater Nutzung durch Mitarbeiter*innen werden diesen die Kosten direkt in Rechnung gestellt. Es gibt kein Probleme weder mit geldwertem Vorteil, noch wenn auf der Dienstfahrt ein Schaden am Auto entsteht.

Durch die Nutzung des Carsharing-Angebotes trägt die Gemeindeverwaltung dazu bei Carsharing auch in Möglingen Privatpersonen zu ermöglichen, wenn auch nur zeitlich eingeschränkt.

Wir beantragen deshalb, **dass die Gemeindeverwaltung bei einer notwendigen Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeuges die Möglichkeit des Carsharing nutzt und einen Vertrag mit einem lokalen Carsharing Anbieter abschließt**, z.B. mit Stadtmobil Stuttgart. Als Standort für das Fahrzeug wird ein Standplatz gegenüber dem Rathaus ausgewiesen.

Das Fahrzeug steht in den Abendstunden und am Wochenende Mitarbeiter*innen und anderen Privatpersonen als Carsharing - Fahrzeug zur Verfügung.

Auch wenn im Moment keine Ersatzbeschaffung ansteht, ist es aus unserer Sicht notwendig schon jetzt die notwendigen Voraussetzungen für eine Carsharing Nutzung zu schaffen. Damit wird gewährleistet, dass im Bedarfsfall dieses sinnvolle Angebot auch umgesetzt werden kann.

Das Möglinger Rathaus ist in die Jahre gekommen, der bauliche Zustand extrem schlecht und energietechnisch eine Katastrophe. Ein erster Schritt zur Neugestaltung der Möglinger Ortsmitte ist mit der geplanten Verlegung der Feuerwehr bald erfolgt. Auch wenn der finanzielle Spielraum zurzeit sehr eng ist, muss aus unserer Sicht die Planung zügig in Angriff genommen werden.

Welche weiteren Herausforderungen im laufenden Haushaltsjahr auf uns zukommen bleibt abzuwarten.

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2018 mit dem Stellenplan und dem mittelfristigen Investitionsprogramm stimmen wir in der vorliegenden Form zu, ebenso dem Wirtschaftsplan des Wasserwerkes.

Brigitte Muras

Möglingen, 22.3.2018